

Niederschrift

Gremium:	Haupt- und Finanzausschuss
Sitzung:	11. öffentliche/nicht-öffentliche Sitzung (HF/2019/011)
Sitzungsdatum:	Donnerstag, 07.02.2019
Sitzungsort:	Ratssaal des Rathauses, 1. Etage, Raum Nr. 115
Beginn der Sitzung: 19:00 Uhr	Ende der Sitzung: 20:45 Uhr

Anwesend:

Bürgermeisterin

Voß, Karola

stellv. Vorsitzender

Kersting, Hubert

CDU

Vorkamp, Thomas
Pomberg, Winfried
Woltering, Maria
Kreuziger, Petra
Große-Schwiep, Josef
Blickmann, Michaela
Terhalle, Josef
Hemsing, Klaus
Vöcking, Stefan

Vertretung für Herrn Franz Benölken
Vertretung für NN (vormals M. Reehuis)

Vertretung für Herrn Christian Rudde

SPD

Dönnebrink, Andreas
Lambers, Klaus
Herickhoff, Hermann Josef
Fischer, Mathilde

UWG

Ruwe, Felix

Bündnis 90/Die Grünen

Löhring, Klaus

WGW

Frankemölle, Norbert

FDP

Horst, Reinhard

Verwaltung

Althoff, Hans-Georg

Leuker, Werner

Beckmann, Georg

Schriftführerin

Zevenbergen, Doris

es fehlen entschuldigt:

CDU

Benölken, Franz

Rudde, Christian

NN

UWG

Heijnk, Annegret

Tagesordnung:

A. Öffentliche Sitzung

- 1 Niederschrift über die 10 . öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 23.01.2019

- 2 Fortführung der Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2019

- 2.1 Öffentliche Toilettenanlagen in der Innenstadt,
Antrag der Fraktion Bündnis 90/ Die Grünen vom 22.01.2019

- 2.2 Öffentliche Toilettenanlagen am Freizeitgelände Ork,
Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 06.02.2019

- 3 Aktuelles aus dem Bereich Feuerwehr

- 4 Fragen der Ausschussmitglieder und Mitteilungen der Verwaltung

A. Öffentliche Sitzung

1 Niederschrift über die 10. öffentliche Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 23.01.2019

Herr Dönnebrink weist daraufhin, dass das Abstimmungsergebnis zu TOP 2 zur Produktgruppe 01.02 nicht korrekt wiedergegeben sei. Die Mitglieder der SPD-Fraktion hätten sich enthalten.

Unter Berücksichtigung dieses Punktes wird die Niederschrift der 10. öffentlichen Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses der Stadt Ahaus am 23.01.2019 anerkannt.

Anmerkung zur Niederschrift:

Das Abstimmungsergebnis zu diesem Punkt lautet korrekt: 12 Ja-Stimmen, 8 Enthaltungen.

2 Fortführung der Beratung des Haushaltsplanentwurfs mit Anlagen für das Jahr 2019

Beigeordneter Althoff erläutert die sich aus der Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses am 23.01.2019 ergebenden Veränderungen zum Haushaltsplanentwurf 2019. Aufgrund von geplanten Mehraufwendungen i.H.v. 220.000 € ergebe sich nun ein voraussichtliches Jahresergebnis von 242.934 €.

Bürgermeisterin Voß setzt die Haushaltsberatungen an der Stelle fort, an der sie in der Sitzung am 23.01.2019 beendet wurden, beginnend mit der Produktgruppe 13.02.

Produktgruppe 15.01 – Stadtmarketing und Tourismus

2.1 Öffentliche Toilettenanlagen in der Innenstadt; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 22.01.2019

Herr Löhring informiert über das Projekt „Nette Toilette“, das in zahlreichen Kommunen eingeführt worden sei. In Ahaus sollten die Gastronomiebetriebe abgefragt werden, ob sie auch auf freiwilliger Basis daran teilnehmen würden, ihre Toiletten zur kostenlosen Benutzung anzubieten. Für Nutzungsrechte und die Bereitstellung von Zuschüssen an die Gastronomiebetriebe solle ein Betrag von 10.000 € in den Haushalt eingestellt werden, der aber mit einem Sperrvermerk versehen sein sollte, sofern die Gastronomie nicht mitziehen werde.

Bürgermeisterin Voß schlägt vor, die Abfrage durch die Ahaus Marketing & Touristik GmbH (AMT) durchführen zu lassen. Parallel dazu solle abgefragt werden bei teilnehmenden Kommunen, mit welchen Beträgen zu rechnen sei.

Herr Dönnebrink ergänzt, dass neben den Gastronomiebetrieben auch die Gewerbetreibenden in der Innenstadt abgefragt werden sollten, ob diese ihre Toiletten ebenfalls zur Verfügung stellen würden.

Bürgermeisterin Voß sagt zu, dass AMT auch den Gewerbeverein ansprechen werde.

Sie lässt über die Bereitstellung von 10.000 € mit Sperrvermerk abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmiger Beschluss

2.2 Öffentliche Toilettenanlagen an Freizeitgelände Ork; Antrag der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen vom 06.02.2019

Herr Löhring weist auf die fehlenden Toiletten am Freizeitgelände Ork hin. Unter anderem der Leuchtturmspielplatz sei sehr gut besucht, gerade auch von Frauen und Kindern, und da bedürfe es an dieser Stelle seiner Meinung nach einer Toilettenanlage. Mit dem Beigeordneten Leuker seien hierzu schon Gespräche geführt worden. Dieser habe vorgeschlagen, die Toiletten am AquAHAUS zur Verfügung zu stellen und in diesem Zusammenhang Hinweisschilder am Spielplatz aufzustellen. Man solle bis zum Sommer beobachten, ob darüber hinaus ein Bedarf an Toiletten direkt am Spielplatz gesehen werde. Hierfür sollten in den Haushalt 15.000 € mit einem Sperrvermerk eingestellt werden.

Beigeordneter Leuker weist daraufhin, dass es bei Solitärtoilettenanlagen erfahrungsgemäß häufig zu Vandalismus und dementsprechend zu hohem Pflegeaufwand komme. So schlage er vor, zunächst andere Möglichkeiten zu prüfen und da käme die Toilettenanlage im Eingangsbereich des AquAHAUS in Betracht. Schon jetzt würden vereinzelt Besucher des Freizeitgeländes diese Toiletten aufsuchen. Sicherlich müsse eine Beschilderung am Spielplatz schon auf diese Möglichkeit hinweisen. Seiner Ansicht nach solle man bis zum Sommer abwarten, um zu sehen, wie stark die Toilette im AquAHAUS frequentiert werde. Dann könne man den Bedarf deutlich besser abschätzen.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag, 15.000 € mit einem Sperrvermerk in den Haushalt einzustellen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

15 Ja-Stimmen
1 Nein-Stimmen
3 Enthaltungen

- Herr Horst spricht die **Transferaufwendungen an AMT für den Winterzauber** an. Er fragt nach der Höhe der Kosten und dem damit verbundenen Zuschuss der Stadt Ahaus im Jahr 2018.

Bürgermeisterin Voß verweist auf die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Energie und Tourismus, in dem die Geschäftsführerin von AMT, Frau Platte, über die wirtschaftliche Bilanz des Weihnachtszaubers 2018 und den Planungen für 2019 berichten werde. Diese Punkte würden auch in den Gremien von AMT noch beraten.

Herr Horst beantragt die Zuwendungen für den Winterzauber zunächst mit einem Sperrvermerk zu versehen, bis die endgültigen Zahlen aus dem Jahr 2018 und die Kostenkalkulation für 2019 vorlägen.

Abstimmungsergebnis:

16 Ja-Stimmen
3 Enthaltungen

16.01 - Allgemeine Finanzwirtschaft

Herr Horst beantragt, die **Aufnahme von Darlehen** in 2019 auszusetzen, ggf. mit einem Sperrvermerk zu versehen. Die Kommune müsse sich auf der Ausgabenseite disziplinieren und ihr Entschuldungskonzept streng verfolgen.

Erster Beigeordneter Althoff weist daraufhin, dass ohne die Aufnahme von Fremdkapital der Haushalt nicht ausgeglichen wäre und nicht beschlossen werden könne. Bei einem solchen Vorstoß könnten auch keine Förderkredite mehr aufgenommen werden, die finanzwirtschaftlich von hohem Interesse seien. Ob die geplanten Kreditermächtigungen in der vorgesehenen Höhe tatsächlich in Anspruch genommen werden müssten, sei grundsätzlich fraglich.

Herr Kersting betont, dass die enormen Investitionen in Ahaus nur durch die Darlehen möglich seien. Ohne Darlehen müsse man auch so konsequent sein und von den geplanten Baumaßnahmen Abstand nehmen.

Erster Beigeordneter Althoff ergänzt, dass die Investitionsquote in Ahaus derzeit bei 180 % liege und damit unterscheide Ahaus sich stark von anderen Städten, bei denen die Investitionsquote im Durchschnitt bei 60 bis 80 % liege.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag, die Kreditaufnahme auf 0 zu reduzieren, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

1	Ja-Stimme
18	Nein-Stimmen

Anlage Stellenplan

- Herr Vorkamp spricht die Stelle der **Projektplanung im Kulturbereich** an. Diese solle zunächst mit einem Sperrvermerk versehen werden, da es aktuell noch keinen Inhalt zur geforderten Stelle gebe.

Beigeordneter Leuker erklärt, dass im Kulturausschuss am 16.01.2019 beschlossen worden sei, dass die Verwaltung bis zur Mitte des Jahres ein Konzept zum Inhalt der geplanten Stelle vorlegen solle. Dem Ausschuss sei es wichtig, dass sichergestellt sei, dass es vor dem Ausscheiden der derzeitigen Stelleninhaberin im März 2020 zu einer umfassenden Einarbeitung der Nachfolgekraft komme. Für den reibungslosen Übergang solle die eingeplante Stelle genutzt werden.

Bürgermeisterin Voß lässt darüber abstimmen, ob die Stelle mit einem Sperrvermerk versehen werden solle.

Abstimmungsergebnis:

18	Ja-Stimmen
1	Enthaltung

- Herr Vorkamp macht deutlich, dass er den Umfang für die zusätzliche Stelle zur **Umsetzung der digitalen Strategie im Fachbereich Datenverarbeitung** nicht bei 100 % sehe. Die Stelle des Strategen in Form des Chief Digital Officers sei aufgrund ihrer Bedeutung befürwortet worden, jetzt stelle sich die Frage, ob die operative Kraft nicht mit 50 % ausgestattet werden solle.

Erster Beigeordneter Althoff erläutert, dass die Personaldecke im Fachbereich Datenverarbeitung so dünn sei, dass die zusätzliche Aufgabe der Umsetzung der digitalen Strategie nur mit einer ganzen Stelle machbar sein.

Herr Vorkamp möchte wissen, ob die Eingruppierung der Stelle nach EG 10 nicht zu hoch gewählt sei.

Erster Beigeordneter Althoff erklärt, dass für das geforderte Stellenprofil eine starke Konkurrenz zur Privatwirtschaft bestehe. Bei einer geringeren Dotierung der Stelle laufe man Gefahr, insbesondere bei der derzeitigen Arbeitsmarktsituation, keinen geeigneten Bewerber zu finden.

- Herr Vorkamp schlägt der Verwaltung im Hinblick auf die zusätzliche **0,65-Stelle im Bereich Standesamt** vor, zunächst mit der Einrichtung abzuwarten, bis sich tatsächlich bewahrheite, ob die Beurkundungszahlen von Geburten aufgrund der Schließung der Entbindungsstation in Stadtlohn so stark anstiegen, wie errechnet worden sei. Über diese Stelle könne man dann bei den Haushaltsberatungen 2020 erneut beraten.

Bürgermeisterin Voß erläutert den zusätzlichen Aufwand zum einen durch die 400 Geburten, die ggf. von Stadtlohn nach Ahaus verlagert würden und zu einem deutlichen Mehraufwand führten. Aber auch die häufigeren Kontakte im Standesamt mit Personen anderer Nationalitäten und dem damit verbundenen zusätzlichen Aufwand von Übersetzungen führe zu höheren Bearbeitungszeiten.

Sie lässt über den Antrag, die Stelle für das Haushaltsjahr 2019 zu streichen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

11	Ja-Stimmen
8	Nein-Stimmen

- Herr Vorkamp fragt nach dem Aufgabenbereich der zusätzlichen **Gärtnerstelle am Baubetriebshof**.

Beigeordneter Beckmann erklärt, dass diese Stelle im Zuge der zunehmenden Digitalisierung auch am Baubetriebshof eingerichtet werden solle. Es gehe unter anderem um die Fortschreibung und Erfassung des Baumkatasters und der Erfassung der Zustände der Spielplätze.

- Herr Horst spricht die **Hausmeisterstelle im Kulturquadrat** an. Die Ausschreibung der Stelle des Veranstaltungstechnikers für die Stadthalle sei erfolglos verlaufen. Nun versuche man die dort anfallenden Aufgaben durch einen weiteren Hausmeister zu kompensieren. Er werde beantragen, diese Stelle zunächst mit einem Sperrvermerk zu versehen, da er die Besetzung der Stelle des Veranstaltungstechnikers als vorrangig sehe und somit ggf. die geforderte Stelle des zusätzlichen Hausmeisters entfallen könne.

Beigeordneter Leuker erklärt, dass es sich bei der Hausmeisterstelle und der Stelle des Veranstaltungstechnikers um gänzlich unterschiedliche Aufgabenprofile handle. Es bestehe Hoffnung, dass ab Mitte des Jahres ein Veranstaltungstechniker einge-

stellt werde könne. Dieser sei grundsätzlich notwendig, damit überhaupt Veranstaltungen in der Stadthalle stattfinden dürften. Der Markt für Veranstaltungstechnik sei schlichtweg so gut wie gar nicht vorhanden. Ein Hausmeister könne den Techniker keinesfalls ersetzen. Der derzeitige Hausmeister im Kulturquadrat werde Mitte nächsten Jahres in den Ruhestand gehen.

Herr Horst schlägt vor, die Leistungen des Veranstaltungstechnikers, zumindest vorübergehend, von extern einzukaufen.

Beigeordneter Leuker schildert, dass die Leistungen eines Tontechnikers bei Bedarf schon heute eingekauft würden. Nichts desto trotz könne der Tontechniker keine Aufgaben des Hausmeisters übernehmen.

Herr Kersting sieht die Lösung in der Schaffung eines Hausmeisterpools. So könne flexibel, je nach Bedarfslage auf Hausmeister zurückgegriffen werden, perspektivisch für sämtliche Immobilien der Stadt Ahaus.

Herr Vortkamp schlägt vor, die Entscheidung über die zusätzliche Hausmeisterstelle im Kulturquadrat solange zurück zu stellen, bis die Frage nach einem Hausmeisterpool grundsätzlich geklärt sei.

Beigeordneter Beckmann erklärt, dass ein großer Hausmeisterpool nicht flächendeckend für alle Immobilien der Stadt sinnhaft sei. So bestünden die Schulen beispielsweise darauf, ihren „eigenen“ Hausmeister zu haben. Andererseits gebe es schon heute Institutionen, die über gar keinen Hausmeister verfügten, so z.B. die Kindertagesstätten. Schon jetzt würden bei Bedarf Mitarbeiter des Baubetriebshofes hier Arbeiten übernehmen, dass auch an anderen Stellen, wie dem Kulturquadrat. Er befürworte die Schaffung eines Hausmeisterpools, mit der Ausnahme der Schulhausmeister, der beweglich und mit unterschiedlichen Berufsfeldern besetzt sei.

Bürgermeisterin Voß lässt über den Antrag, die Hausmeisterstelle im Kulturquadrat mit einem Sperrvermerk zu versehen, abstimmen.

Abstimmungsergebnis:

3	Ja-Stimmen
16	Nein-Stimmen

- Herr Dönnebrink spricht die frühzeitige **Nachbesetzung der Stelle im Bereich Kultur** an. Die derzeitige Stelleninhaberin werde Anfang 2020 in den Ruhestand gehen. Er sehe es als dringend notwendig an, diese Stelle frühzeitig auszuschreiben, um zu gewährleisten, dass eine gute Einarbeitung möglich sei. Man müsse außerdem darüber nachdenken, ob der Stelleninhalt neu gefasst werden müsse. Ggf. könne der Bereich Archiv gesondert besetzt werden.

Beigeordneter Leuker erläutert, dass die derzeitige Stelleninhaberin den Bereich Archiv und den Bereich Kultur leite. Das sei aufgrund ihrer Qualifikation immer eine gute Kombination gewesen, sei aber im Zuge der Nachbesetzung wohl nicht wieder zu realisieren. Aus rechtlicher Sicht sei die Stadt Ahaus aufgrund ihrer Größe dazu verpflichtet, einen Archivar zu beschäftigen bzw. diese Leistung einzukaufen. Die weitere Mitarbeiterin im Archiv könne für eine Übergangszeit die Aufgabe besetzen. Eine frühzeitige Nachbesetzung beider Aufgabenteile sei aber die bessere Lösung.

Herr Kersting äußert die Idee, die Aufgabe des Archivs in interkommunaler Zusammenarbeit zu erfüllen.

Beigeordneter Leuker antwortet, dass dies ein gangbarer Weg sei, bisher aber noch keine Gespräche mit Nachbarkommunen geführt worden seien.

Herr Vorkamp macht deutlich, dass das Profil, der auszuschreibenden Stelle noch gar nicht festgelegt worden sei. So lasse sich auch nur schwer die mögliche Bewerberlage abschätzen. Einer inhaltlichen Beratung zu dieser Stelle solle hier nicht vorgegriffen werden.

Herr Dönnebrink schlägt vor, die Stelle dennoch in den Haushalt einzustellen, um Planungssicherheit zu haben und die Stelle frühzeitig ausschreiben zu können.

Bürgermeisterin Voß fasst zusammen, dass zu Beginn der Beratungen zum Stellenplan die Projektplanerstelle im Kulturbereich mit einem Sperrvermerk aufgenommen worden sei. Die vorhandene Stelle, die ab 2020 frei werde, sei ja schon im Stellenplan verankert. Das müsse reichen, um die Nachfolge sicherzustellen. Frühzeitig werde ein Konzept für den Stellenzuschnitt und die Aufgaben vorgelegt werden.

- Herr Löhring fragt an, welchen Hintergrund es habe, dass 1,6 Stellen im Fachbereich Arbeit und Soziales und 0,5 Stellen im Fachbereich Jugend von A10 nach A11 angehoben würden.

Bürgermeisterin Voß sagt, dass im Fachbereich Jugend eine Stellenbewertung durchgeführt worden und aufgrund dessen eine Höherbewertung erfolgt sei.

Beigeordneter Leuker erläutert zu den Stellen im Fachbereich Arbeit und Soziales, dass es eine Anpassung auf dringender Empfehlung des Kreises Borken gegeben habe. Der Kreis hätte drauf aufmerksam gemacht, dass eine Hierarchie mit einer Leitungskraft und 24 unterstehenden Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern nicht verantwortbar sein. Aus diesem Grund sei eine zusätzliche Leitungsebene installiert worden.

Der Haupt- und Finanzausschuss der Stadt Ahaus empfiehlt dem Rat die Haushaltssatzung 2019 unter Berücksichtigung der beratenen und beschlossenen Veränderungen zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

- 13 Ja-Stimmen
- 1 Nein-Stimme
- 5 Enthaltungen

3 Aktuelles aus dem Bereich Feuerwehr

Erster Beigeordneter Althoff weist auf den Übergabetermin des Gerätehauses Nord an die Freiwillige Feuerwehr am 28.04.2019 hin.

Mit der Wehrführung habe zwischenzeitlich ein Termin stattgefunden, in dem es um die Bestandsanalyse der Hauptwache gegangen sei. Die Fa. kplan AG habe die Leistungsphase 0 durchgeführt und die Situation vor Ort genau aufgenommen, gleichzeitig geschaut, wie die Anforderungen des Brandschutzbedarfsplans umgesetzt werden könnten. Im Ergebnis sei festgestellt worden, dass deutlich zu wenig Platz vorhanden sei, bei den Personalräumen, als auch bei den Funktionsräumen. Durch die Kontamination der Einsatzkleidung mit Rauch müsse aus gesundheitlichen Gründen künftig auch die Reinigung dieser vor Ort möglich

sein, so dass weiterer Raumbedarf hinzukomme. Auch am Baubetriebshof werde derzeit eine Bestandsaufnahme durchgeführt, da es auch hier Platzprobleme gebe. Am Ende werde feststehen, wie hoch der Gesamtflächenbedarf für beide Einrichtungen sei und ob beide oder nur eine Einrichtung am jetzigen Standort verbleiben könnten. Das Gutachten werde im Haupt- und Finanzausschuss vorgestellt und die weiteren Schritte würden dann beraten. Der Kreis Borken sei im gesamten Verfahren beteiligt.

Der Haupt- und Finanzausschuss nimmt die Ausführungen der Verwaltung zu aktuellen Entwicklungen im Bereich der Feuerwehr zur Kenntnis.

Fragen der Ausschussmitglieder und Mitteilungen der Verwaltung

4

Fragen des Rates:

- Herr Vortkamp zu www.ahaus.digital

Bürgermeisterin Voß erläutert, dass dies eine Website der Fa. Tobit AG sei. Auf dieser werde aktuell für eine sog. SMART-City-Tour geworben, bei der sich auch die Stadt Ahaus beteilige.

- Herr Horst zu einem Schreiben von AMT und angehängter Rechnung zur [ahaus.app](#)

Bürgermeisterin Voß sagt, dass ihr dieses Schreiben nicht bekannt sei, man werde dies mit AMT klären.

- Herr Löhring zur Fällung von 18 Bäumen an einem Feldweg der Gutenbergstraße

Beigeordneter Beckmann erklärt, dass hier zwei Strafverfahren eingeleitet worden seien, einmal gegen bekannt, einmal gegen unbekannt. Die Staatsanwaltschaft habe heute mitgeteilt, dass beabsichtigt werde, die Verfahren einzustellen, da der Tatbestand des Vorsatzes der Sachbeschädigung nicht nachgewiesen werden könne. Die Verwaltung sei hierzu um Stellungnahme gebeten worden. Abgesehen davon, würden Schadensersatzansprüche gegen den Schädiger geltend gemacht.

gez. **Karola Voß**
Vorsitzende

gez. **Doris Zevenbergen**
Schriftführerin